



Rechtsausschuss

50. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

19. Januar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den in der Einladung unter 7 ausgewiesenen Tagesordnungspunkt mit einer zu demselben Thema von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde zu verbinden und beides als Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln.

1 Verfahren gegen acht Straftäter aus dem Kosovo wegen schweren Bandendiebstahls vor der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Köln

1

- Bericht eines Vertreters des Justizministeriums
- ausführliche Diskussion

^{*)} Nichtöffentlicher Teil zu TOP 10 + 11 s. APr 13/1434

2 Gerichtsvollzieherwesen modernisieren - Berufsbild stärken und Rechtsdurchsetzung beschleunigen 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4445
Ausschussprotokoll 13/1229

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

3 Mehr Hilfe für die Opfer von Straftaten anbieten 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5806

In Verbindung damit:

Opferschutz optimieren

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Verbindung damit:

Wege zur Stärkung der Opferrechte konsequent fortsetzen

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5996

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/5806 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/5995 wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Anschließend wendet sich der Ausschuss dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/5996 zu. Jan Söffing (FDP) bittet, aus dem Datum 15. November 2004 das Datum 15. April 2005 zu machen.

Der Ausschuss lehnt dann diesen so geänderten Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bünd-nis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

4 Zwangsehen verhindern - Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6120

17

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6196

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/6205 (Neudruck)

Der Ausschuss sieht angesichts des vom federführenden Ausschuss für den 15. Februar anberaumten Expertengespräches von einer Beratung und Abstimmung in seiner heutigen Sitzung ab und will den Punkt in der Sitzung am 9. März abschließend beraten und abstimmen.

5 Verbraucherschutz voranbringen - Betrug mit Tachomanipulation stoppen

17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6241

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

6 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6182

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 7 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Düsseldorf und der Stadt Münster, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen in den neuen Ländern im Haushaltsjahr 2005 vom 3. Februar 2004 (GVBl. 2004, 42) verletzte die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung** 18
- VerfGH 18/08
Vorlage 13/3152
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.
- 8 Fortbildung von chinesischen Juristen, Staatsanwälten und Polizisten an der Justizakademie NRW** 18
- Der Justizminister übergibt dazu einen schriftlichen Bericht.
- 9 Konsequenzen der Landesregierung aus der Fehlinformation der Presse in der Angelegenheit des Landtagskandidaten Holger Müller durch die Staatsanwaltschaft Köln** 19
- Bericht des Justizministers
 - kurze Diskussion
- 12 Verschiedenes** 21
- (siehe Diskussionsteil)

6 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6182

(vom Plenum am 25. November 2004 nach der ersten Lesung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zur Federführung sowie an den Rechtsausschuss und den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

7 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Düsseldorf und der Stadt Münster, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen in den neuen Ländern im Haushaltsjahr 2005 vom 3. Februar 2004 (GVBl. 2004, 42) verletzte die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 18/08
Vorlage 13/3152

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.

8 Fortbildung von chinesischen Juristen, Staatsanwälten und Polizisten an der Justizakademie NRW

(Der Justizminister übergibt dazu einen schriftlichen Bericht).